

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unser Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 10,50 M., für das übrige Ausland 11,50 M. Zugleich Galathea-Beilage, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Abbestellen, Expedition und Verlag: Berlin S. O. Breite Straße 8-9.

Die achtgeheften Kampfbroschüre über den Kampf des Proletariats gegen die Herrschaft des Kapitals kostet 5,- M. einschließlich Frachtposten. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Frachtposten. Große Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Suche 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Suche in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Preisprophet: Zentrum 2030, 2645, 4510 4603, 4635, 4640, 4621.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An die Arbeiterschaft Groß-Berlins!

Die arbeitende Bevölkerung Groß-Berlins wird von den Arbeitslosenräten Berlins und der Vororte, denen sich die Kommunistische Partei Deutschlands und die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands angeschlossen haben, aufgefordert, am heutigen Dienstag, vormittags 11 Uhr, zu einer Demonstration im Lustgarten zu erscheinen. Dieser Aufruf ist unterzeichnet von den Fraktionen der U. S. P. D., K. P. D. und A. U. P. D.-Arbeitslosenräte. Dadurch ist der Anschein erweckt worden, als stände die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirksverband Berlin-Brandenburg, ebenfalls hinter diesem Aufruf.

Diese Auffassung ist falsch!

Der Geschäftsführende Ausschuss des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg hat sich, nachdem die Arbeitslosenräte an ihn mit der Aufforderung, sich an der heute stattfindenden Demonstration zu beteiligen, herangetreten waren, in eingehender Aussprache mit der Angelegenheit beschäftigt. Er hat es einstimmig abgelehnt, sich an dieser Demonstration zu beteiligen, weil nach Auffassung sämtlicher Mitglieder eine solche Aktion nach gründlichster Vorbereitung durch die revolutionären politischen Parteien, die dabei die Führung haben müssen, eingeleitet werden kann.

Der geschäftsführende Ausschuss steht ebenfalls auf dem Standpunkt, daß die in Haft befindlichen revolutionären Kämpfer freigelassen werden und die gegen sie anhängigen Verfahren niedergeschlagen werden müssen. Er fordert ebenfalls die

sofortige Einstellung des Ausnahmeverfahrens

gegen die Weihenstephan Angeklagten und die Aufhebung der Kriegsgerichte. Er fordert die Auflösung aller konterrevolutionären Formationen, die freie Einreise für die gesamte russische Gewerkschaftsdelegation und die Unterbindung jeder Herstellung und jedes Transportes von Waffen und Kriegsmaterial, sowie die volle Kontrolle über Erzeugung und Verteilung aller industriellen und landwirtschaftlichen Produkte durch die Organe der Arbeiterklasse.

Die Berliner Parteileitung weiß sich

eins mit diesen Forderungen.

Sie erklärt aber, daß heute noch nicht der Tag gekommen ist, um diese Forderungen durch eine gewaltige Massenaktion zu erkämpfen. Sie weiß nach vorliegendem Material auf das Bestimmteste, daß gerade der heutige Tag von Rücksichteln dazu ansehnlich ist, die Berliner arbeitende Bevölkerung zu sinnlosen Teilsaktionen anzuspornen, um der Reaktion den erwünschten Vorwand zu geben, ein Blutbad unter dem Proletariat anzurichten.

Arbeiter und Genossen! Geht den Drahtziehern der Reaktion nicht in die Falle!

Die U.S.P.D. wird zur rechten Zeit die Massen aufrufen,

um in geschlossener und einheitlicher Aktion für eure Forderungen einzutreten. Ganz besonders verfolgt sie die Justizkomödie gegen die Weihenstephan Angeklagten mit gespannter Aufmerksamkeit, um auch in diesem Fall im rechten Augenblick auf den Plan zu treten.

Wir haben die Pflicht, in diesem Augenblick die Arbeiterschaft vor Elementen zu warnen, die die begriffliche Verblöndung des Proletariats und ganz besonders der Arbeitslosen dazu benutzen wollen, der Konterrevolution Vorstoß zu leisten.

Berlin, den 21. September 1920.

Der geschäftsführende Ausschuss des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg:

Brühl, Boormann, Grün, Hesselbarth, Herbst, Krikk, Krause, Küter, Pachmann, Linde, Meier, Müller, Rettichlag, Rood, Rosenberg, Schindler, Schneider, Zadow.

Aufruf der Zentrale der Betriebsräte

Die Arbeitslosenräte Groß-Berlins haben mit den Parteien der A. U. P. D., der K. P. D. und der U. S. P. D. verhandelt, wegen der Unterbrechung einer Demonstration. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist der Berliner Arbeiteraufruf durch die Presse bekannt geworden. Die Not der Arbeitslosen ist entsetzlich. Sie wird schlimmer Tag für Tag. Hinzukommt die unerhörte Provoktion der Gegenrevolution, die die 24 Arbeiter, die wegen der Weihenstephan Wassengasse verhaftet wurden, vor ein außerordentliches Kriegsgericht gestellt hat.

Die Betriebsrätezentrale hat erst aus der „Noten Zählung“ Kenntnis von dieser Demonstration am Sonntag morgen, wie alle Zeitungsläser erhalten. Wir konnten deshalb auf die Vorbereitung der Demonstration sowie auf die Forderungen keinerlei Einfluß ausüben.

Die Betriebsräte haben das größte Interesse, die Arbeitslosenfrage mit den Arbeitslosen gemeinsam zu regeln

Eine Demonstration, die ohne Mitwirkung der Betriebsräte zustande kommen soll, können wir jedoch nicht mitmachen, wenn wir vor fertige Tatsachen gestellt werden. Die Reaktion trifft Vorbereitungen, um diese Demonstration zum Vorwand brutalsten Vorgehens zu machen.

Arbeiter! Wir werden in Kürze an Euch herantreten und aktive Hilfe für die Arbeitslosen und für die Opfer der weißen Justiz von Euch fordern. Arbeiter, laßt Euch nicht untereinander spalten!

Haltet Euch bereit!

Zentrale der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin

J. A. Neumann, Fleisch, Ges. etc.

Der vorstehende Aufruf mit den angegebenen Unterschriften ist uns von der Zentrale der Betriebsräte durch den Vorsitzenden Fleisch übermittelt worden. In später Abendstunde teilt uns der Kommunist Ottomar Gesche mit, daß er seine Unterschrift unter diesen Aufruf zurückzieht. Wie wir aus uns zuverlässig erscheinenden Kreisen erfahren haben, bestehen jedoch in der Kommunistischen Partei selbst Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit dieser Demonstration. Mitglieder der Betriebsrätezentrale, die der Kommunistischen Partei angehören, erklärten, daß sie als Vertreter der Betriebsräte eine Beteiligung an der Demonstration für schädlich halten. Um so erstaunlicher ist es, daß Gesche seine Unterschrift unter dem Aufruf zurückziehen wünscht.

Die Metallarbeiter gegen die Demonstrationen

Die Generalversammlung der Metallarbeiter Berlins beschloß gestern abend gegen wenige Stimmen eine Entschlieung, in der die Kollegen in den Betrieben aufgefordert werden, sich an der heutigen Arbeitslosendemonstration nicht zu beteiligen.

Einigung im italienischen Metallarbeiterkampf

Rom, 20. September. (Stefani.)

Nach der Besprechung im Ministerium des Innern sehen die Industriellen und die Arbeiter ein Verhandlungsprotokoll auf, das betont, daß die Arbeiter rückwirkende Kraft der Vereinbarungen vom 1. Juli ab und Bezahlung der Tage der Arbeitsverweigerung und des ihnen erwachsenen Schadens fordern, die Industriellen aber diese Forderungen ablehnen, daß ferner beide Teile den Beginn der Geltung des neuen Tarifs auf den 15. Juli festsetzen und jede Bezahlung für die Tage der Besetzung der Fabriken durch die Arbeiter ausschließen. Das Protokoll bezeugt den Industriellen, daß sie Giolittis Formel über die Entlassung von Arbeitern als ihnen gemachte behördliche Vorschrift hinnähmen. (Diese Formel besagt, daß die einzelnen Fälle der neuen paritätischen Kommission unterbreitet werden müssen. D. Red.)

Messaggero hört, daß der Allgemeine Arbeiterverband die Arbeiter angewiesen habe, die besetzten Fabriken zu räumen und die Arbeit wieder aufzunehmen; der Arbeiterverband versichert, daß die Ordnung gewahrt bleiben werde.

Die Notwendigkeit der Diktatur und die dritte Internationale

Von Adolph Hoffmann.

Wenn je das Wort des Verlegenheits-Reichskanzlers Dr. Michaelis: „Wie ich es auffasse“ voll zur Geltung gekommen ist, so bei der Auslegung der Leitsätze und Bedingungen Moskaus. Man sehe sich nur einmal an, was die Gegner des Anschlusses daraus beweisen. Aber das eine wird auch der entschiedenste Anhänger von rechts, wenn er sich nur eine Spur von Objektivität bewahrt hat, zugeben, daß eine Reihe der Argumente mehr denn reichlich an die bekannten, in schreienden Farben hergestellten Plakate der Antibolschewisten-Liga erinnern, bei denen Größe, Farben und Gespensterzeichnungen das Fehlen beweiskräftiger Argumente verdecken müssen.

Die Antibolschewisten-Liga kann stolz sein auf diese freiwilligen Helfershelfer und gelehrigen Schüler. Es gibt darunter solche, die ihre Herren und Meister zu übertreffen suchen und mit Recht zu Ehrenmitgliedern der Antibolschewisten-Liga ernannt werden könnten.

Nachdem Dr. Victor Stern in dankenswerter Weise durch seinen Artikel „Nicht Gefühl, die Vernunft muß entscheiden“ (9. September, Abendnummer der „Freiheit“) die Dinge auf das, was ist, zurückgeführt hat, will ich in dieser Beziehung zu diesem Thema keine Silbe hinzufügen.

Ich möchte nun die Genossen und Genossinnen nochmals bitten, nüchtern und ruhig zu erwägen und sich durch keine gewollte oder ungewollte Stimmungsmache beeinflussen zu lassen.

Treten wir der Frage näher, ob für das internationale Proletariat eine Diktatur notwendig ist, so müssen wir die wirtschaftliche Lage, in welcher die ganze Welt durch den wahnwitzigen Krieg geraten ist, betrachten.

Das gesamte Weltkapital mit allen seinen gestauten und bezahlten Trabanten ist bereit, auf Leichenbergen von über zehn Millionen Proletariern mittels Zwangsarbeit, ausgeführt von Kriegstrüppeln und ein durch 4 1/2 Jahre Krieg und Unterernährung geschwächtes Volk, seine Ausbeutungs-Zwingsburgen wieder errichten und besetzen zu lassen. Es ist bereit, alles, was ihm dabei den Weg versperrt, rücksichtslos zu vernichten und niederzumachen.

Das Kapital der ganzen Welt, ob Entente, Mittelmächte oder Neutrals, hat sich über seine zehn Millionen Opfer und die Verwüstungen der Kultur gegen das Proletariat längst als ein Herz und eine Seele wieder zusammengefunden.

Die Stinnes, Hensel von Donnersmarkt, die Rothschilds der ganzen Welt, die Großbanken und Sachsinanz sind die unumschränkten Diktatoren im internationalen Kapital.

Mit allen Mitteln unterstützen diese Geldsack-Gewaltigen aller Herren Länder alles was geeignet erscheint, ein aktionsfähiges, internationales Proletariat mit notwendiger Spannkraft und Schlagfertigkeit in seiner Entwicklung zu verhindern.

Es kann für den, der diese Dinge mit offenen Augen sieht, keine Frage mehr sein, daß der Entscheidungskampf, die letzte Schlacht am Birkenbaum, in aller nächster Zeit, aller Voraussicht nach sehr bald ausgefochten werden wird.

Oder das Proletariat müßte sich mit gebundenen Händen der Kapitals-Diktatur auf Gnade und Ungnade ausliefern, um dann trotzdem dem Hungertode preisgegeben zu werden. Hier gibt es nur ein Entweder-Oder. Das Kapital wird uns diesen Kampf auch bei einem Versuch, ihm auszuweichen, aufzuzwingen, weil für ihn trotz der ungeheuren Opfer des entsetzlichen Krieges zu viele proletarische Kämpfer erstehen, die für die Profite und den Bestand des Kapitals eine dauernde Gefahr bilden, von der es sich auf alle Fälle, solange es sich noch im Besitze der Macht wähnt, befreien will.

Diesem uns aufgebrängten Kampf auszuweichen, halte ich für eine Unmöglichkeit, abgesehen davon, daß, wenn es möglich wäre, wir in höchstens zehn bis fünfzehn Jahren einen neuen, noch furchtbareren Krieg wieder für die Interessen des Kapitals zu führen hätten, bei dem unsere Kinder und Enkel, unser Volk, ja die ganze Menschheit noch weiterer Vernichtung preisgegeben würden.

Wie aber, wenn wir nicht ausweichen können und dürfen und, wie ich hoffe, auch nicht wollen?

Wie wäre es dann möglich, einen solchen Kampf siegreich zu bestehen, wenn nicht ein einheitlicher Wille des gesamten internationalen Proletariats denselben durch eine zentrale Gewalt leitet?

Der gewaltigen, riesenstarken Kapitalsdiktatur gegenüber gibt es nur ein Mittel: das ist das unbedingte und lädenlose durch Diktatur — auch in den eigenen Reihen — geeinte internationale Proletariat. Darum ist es in diesem Augenblick der höchsten Gefahr, wo es sich um Sein oder Nichtsein der schaffenden Menschheit handelt, nicht nur notwendig, Sicherungen gegen weitere Verwässerung des Klassenkampfes zu schaffen, was die Moskauer Bedingungen unbedingt wollen, sondern noch wichtiger ist die Schaffung einer festen Kampfbasis, die einen einheitlichen, zentralen Willen von

ausgeht. Nur so kann der Sieg des internationalen Proletariats errungen werden.

Die erste Internationale, darin ist rechts und links sich einig, starb an innerer Zerrissenheit.

Die zweite Internationale starb seines natürlichen Todes. Sie beging im August 1914 Selbstmord, indem sie sich mit Kriegsbegeisterungsgasen in die Luft sprengte.

Nun gilt es, der dritten Internationale Leben und Aktionsfähigkeit zu geben. Das kann nicht mit dem Leipziger Aktionsprogramm, wenn es nur ein schönes Aushängewort bleibt, oder als Beitrag für radikale Materialiensammlungen, die im Bedarfsfalle als Beweisstücke oder Schauexemplare der Masse vorgeführt werden, erreicht werden, sondern nur durch den Willen zur Tat, die in dieser Zeit nur als einheitliche, durch die äußere und innerliche Diktatur Erfolg haben kann.

Genossen, hat uns nicht gerade der Wertebegang der deutschen Revolution die Notwendigkeit der diktatorischen Leitung bewiesen? Denkt doch daran, wie unsere Brüder und Schwestern von den bezahlten Henkersknechten ermordet und niedergebrosen, wie die Revolution Schritt für Schritt, von Ort zu Ort abgewürgt wurde! Denkt daran, wie durch das Nichteinheitliche der Aktion die Moskauer Zeit hatten, von Stadt zu Stadt und Land zu Land zu ziehen und das arbeitende Volk sowie die Revolution im Blute zu ertränken!

Gotha, Erfurt, Braunschweig, Bremen, Hamburg, Berlin, Leipzig, München, Westfalen und Thüringen usw. usw. sind unsere Stützpunkte. Könnte das möglich sein, wenn ein einheitlicher zentraler, diktatorischer Wille vorhanden gewesen wäre, der für eine einheitliche Erhebung bei dem ersten Versuch der Würger im ganzen Reich Sorge getragen hätte?

Darin sind wir wohl alle einig: So darf es nicht wieder kommen!

Jetzt kommt aber durch die Erstarkung der reaktionären Gewalten, durch Zusammenbruch der internationalen, kapitalistischen Weltordnung einzelne Orte kaum noch in Frage, da der Kapitalismus eine bewaffnete Schutztruppe von solcher Stärke zur Verfügung hat, daß er glaubt, die Macht zu haben, die Proletariatsmassen an allen Orten zugleich abzuwürgen zu können. Ja, man kann ruhig sagen, die Diktatoren des Kapitals warten mit Sehnsucht auf einen Scheingrund, um ihren Hezenabbath aufzuführen, wie sie das Attentat von Sarajewo benutzten, um den Weltkrieg vom Saune zu brechen.

Gegen diesen einheitlichen Willen des Kapitalismus, das muß immer wieder gesagt werden, hilft nur ein durch diktatorische Gewalt geschlossener Wille des internationalen Proletariats. Genosse Crispian jagte in der Neuen Welt: „Die Reichssozialisten mußten scheitern, weil sie sich nicht international umstellen konnten.“ Ja, soll es denn der U. S. P. D. ebenso ergehen?

Er malte das Schreckgespenst an die Wand: Deutschland würde der Schauplatz eines Reifensampfes werden.

Darf das ausschlaggebend sein für unsere internationalen Entschlüsse?

Das läßt sie verdammt der Moral der Zentrumshetigen ähnlich:

„Ich bit' dich, heil'ger Florian,
Ber'chon' mein Haus, zünd' andere an.“

Gerade eine internationale Zentralgewalt schützt durch ein Welfensignal im rechten Augenblick am allerbesten einzelne Länder vor gänzlicher Verwüstung. Aber selbst, geht der Fall träte ein, daß sich der letzte Kampf zwischen Kapital und Arbeit in einem Lande wie Deutschland abspielte, wie leicht wäre es nach Niederdrückung des gemeinsamen Feindes dem internationalen Proletariat, den Wiederaufbau des Landes, das ihnen allen die Befreiung brachte, mit vereinten Kräften in Kürze durchzuführen.

Jetzt ist das „Gebot der Stunde“ nicht, über Theorien und Organisationsformen zu streiten, sondern die Massen des internationalen Proletariats in einen festen, unbeugsamen Willen zusammenzufassen.

Genossen! Ihr habt durch die Diktatur der früheren Gewaltthaber ganze Orte, Städte, blühende Länder vernichten, unschuldige Menschen — denkt nur an Belgien — mordend müssen, und jetzt sollt Ihr vor der Selbstverteidigung Eures Lebens, Eurer Kinder und Enkel zurücktreten, weil das Land, das Euch nicht gehört, das Euch nicht ernährt, in dem Ihr von neuem schweren Frondienst leisten sollt, dabei in Mitleidenschaft gezogen werden könntet?

Wir sollt Ihr dem Euch aufgezwungenen Kampf der Kapital-Diktatur begeben?

Wer ist so töricht, zu glauben, wenn die Soldlinge des Kapitals mit Handgranaten, Maschinengewehren, Flammenwerfern und Minen gegen uns vorrücken, sie dann mit Marxschen Theorien oder Grundfragen der Humanität veranlassen zu können, diese Waffen zu vernichten und sich mit uns zu verbündern?

Das ist ein schöner Traum, der aber erst an dem Tage Wirklichkeitsformen annimmt, an dem es einem von festem Willen besetzten und zusammengefaßten Proletariat gelingt, die Kapitaldiktatoren zu stürzen, den Weltkapitalismus endgültig zu beseitigen. Das wird nur einem durch Zentralgewalt geeinten und nur dadurch schlagfertigen Proletariat gelingen, also Diktatur gegen Diktatur, weder im allgemeinen noch in den eignen Reihen des Proletariats auf die Dauer, sondern bis der Feind niedergeworfen und der Sieg errungen ist.

Ist das gelungen, dann haben wir auf dem weiten, schönen Erdenrund Licht, Luft und Boden genug, um eine gleichberechtigte und freie Menschengemeinschaft aufzubauen und Zeit genug, uns darüber zu einigen, wie dieser Bau für alle Teile am vorteilhaftesten unter Beachtung aller wissenschaftlichen Theorien auszuführen und einzurichten ist. Jetzt gilt es, erst den Kampf gegen eine Welt von mächtigen Feinden durchzuführen, und dazu gehört Aktionsfähigkeit und Schlagfertigkeit. Diese sind aber nicht durch Debattieren und Abstimmungen festzusetzen, sondern durch den Willen zur geschlossenen Tat. Daher führt der Weg zur Freiheit des internationalen Proletariats „über Moskau“. Die Massen haben ihn erkannt und werden, wenn es nicht anders geht, auch über zaghafte und widerstrebende Führer hinwegmarschieren. Der Sonne entgegen, die auch für die Völker im Osten aufgeht. Weibens Gelpfensterseher dabei zurück, dann um so besser für die erwachten Völker.

Frankreich und die 3. Internationale

Paris, 12. September. (Weldung „Koska Wien“.)
Der im November zusammengetretene Nationalkongress wird in der französischen sozialistischen Arbeiterbewegung jedenfalls ein Wendepunkt sein. Fast unüberwindliche Schwierigkeiten breiten die Moskauer Bedingungen, die den Anschließenden den Forderungen und ein Zusammenarbeiten mit Joschua und anderen Führern des Arbeiterverbandes unterlagen. Eine Parteispaltung ist daher schon jetzt unabweislich und

es wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach eine neue kommunistische Partei bilden, die etwa die Hälfte der Mitglieder der heutigen sozialistischen Partei, einschließlich Postol, Monaito und Souvarine, ferner Cachin, Prossard, Georges Bloch und Daniel Renoult umfassen dürfte. Der andere Teil wird eine kleinere sozialistische Partei bilden, der sich vermutlich auch die Mehrheit der heutigen sozialistischen Abgeordneten anschließen dürfte.

Die hier wiedergegebene Nachricht ist deshalb von besonderem Interesse, weil sie von der Wiener Kosta, der amtlichen bolschewistischen Telegraphenagentur, verbreitet wird. Auch nach dieser Meldung stoßen die Moskauer Bedingungen in Frankreich auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten und lassen die Spaltung der französischen Partei als sehr naheliegend erscheinen. Ob sich allerdings, wie das Kosta-Telegramm annimmt, etwa die Hälfte der französischen Partei zu den Kommunisten schlagen wird, halten wir, soweit sich die Stimmung in der französischen Partei augenblicklich beurteilen läßt, für übertrieben.

Die kommunistische Diktatur

E. P. In den Statuten der Internationale wird im dritten Paragraphen bestimmt, daß alle der kommunistischen Internationale angehörenden Parteien folgenden Namen zu tragen haben: „Kommunistische Partei des und des Landes (Sektion der kommunistischen Internationale)“. Ferner ist bestimmt, daß es in jedem Lande nur eine kommunistische Partei geben darf.

In der Sonntagsnummer der „Roten Fahne“ wird mitgeteilt, daß die kommunistische Partei Deutschlands ihren Namen geändert hat und sich von nun an „Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der Dritten Internationale)“ nennt. Der Zweck dieser Namensänderung ist klar. Die Kommunisten kündigen damit an, daß derjenige Teil der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, der die Moskauer Bedingungen akzeptiert, einfach in der kommunistischen Partei aufzugehen hat.

Bei seiner Berichterstattung über Moskau hat der Führer der Kommunisten, Dr. Levi, seine Anhänger, die fürchteten, daß die „Reinheit“ der Kommunisten durch den Zustrom der Unabhängigen leiden könnte, mit folgenden Worten beruhigt: Wir werden die Bedingungen auslegen, wie wir sie auffassen und werden sie viel schärfer stellen als die U. S. P. D.-Deutschen glauben, sie schulden zu müssen.

Die Namensänderung erhebt den Sinn dieser Worte. Die kommunistische Zentrale will auch fernerhin die unbedingte Leitung in der neuen kommunistischen Partei behaupten. Daher etabliert sie sich jetzt schon als die einzige Partei, die den Moskauer Bedingungen restlos entspricht. Wer diese Bedingungen akzeptiert, der findet bereits die Partei vor, der er sich anschließen muß. Die kommunistische Partei bildet die festen Kadres, die den Zustrom der Unabhängigen in sich aufnehmen will.

Die Namensänderung schafft aber auch für die Unabhängige Sozialdemokratie klare Verhältnisse. Diejenigen unserer Parteigenossen, die bisher angenommen haben sollten, daß die Zustimmung zu den Aufnahmebedingungen der dritten Internationale nur platonische Bedeutung habe, werden durch die „Rote Fahne“ in die rauhe Wirklichkeit zurückgerufen. Sie dürfen nicht glauben, daß sie die Unabhängige Sozialdemokratie erst spalten dürfen und daß die ihnen verbleibenden Trümmer unserer Partei dann als selbständige Organisation mit der kommunistischen Partei auf gleich und gleich in Einigungs- oder Verschmelzungsverhandlungen sich einlassen könnten. Der Vorgang kann sich dann nur so abspielen, daß alle Parteigenossen, ganz gleich ob sie als Einzelpersonen oder in ganzen Mitgliedschaften sich den Moskauer Bedingungen unterwerfen, der kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der dritten kommunistischen Internationale) beizutreten haben.

Die Namensänderung der kommunistischen Partei klärt die Lage aber auch nach der andern Seite. Sie beweist, daß die Kommunisten ihr Werk, die Zertrümmerung der Unabhängigen Sozialdemokratie, schon für vollbracht ansehen. Die Kommunisten fühlen sich als Sieger. Der Artikel von Thalheimer in der „Roten Fahne“, der die Namensänderung verurteilt, ist das Ultimatum der deutschen Kommunisten an die Unabhängige Sozialdemokratie. Es wird dort nur weiter ausgeführt, was die „Rote Fahne“ schon vor einigen Tagen mitgeteilt hatte:

„Den Elementen in der U. S. P. D. aber, die in der Angst, ihren Einfluß zu verlieren, sich um jeden Preis in die Dritte Internationale einschlaggen wollen, sei es gesagt, daß die Grundzüge der dritten Internationale sein Handelsobjekt sind, das man zu herabgesetzten Preisen erwerben kann. Wenn die U. S. P. D.-Leute glauben, durch eine „Versöhnung“ etwas abhandeln zu können, so irren sie sich. Auch hier ist der Verständigungsgründe eine Utopie.“

Diese Auslassungen sind um so bemerkenswerter, als die deutschen Kommunisten in enger Verbindung mit dem Exekutivkomitee der dritten Internationale stehen und im Einverständnis mit diesem zu handeln pflegen. Man kann sicher annehmen, daß auch die Namensänderung mit allen aus ihr folgenden Konsequenzen die Zustimmung von Moskau hat. Dabei ist bemerkenswert, daß man von einer Stellungnahme der Mitglieder der Partei vorher nichts erfahren hat. Der Beschluß der Zentrale wird einfach kundgemacht. Die Mitglieder haben nichts dazu zu sagen. Das heißt dann „Diktatur des Proletariats“, indem das Proletariat bei der Beschlußfassung der wichtigsten Angelegenheiten einfach ausgeschaltet wird.

Die Schleier sind gefallen, unsere Parteigenossen wissen nunmehr, was sie zu tun haben. Wer die Bedingungen von Moskau anerkennt, der hat alle Brücken hinter sich abzubauen. Für ihn gibt es keine Verbindung mehr mit den Parteigenossen, mit denen er bisher Schulter an Schulter gekämpft hat; er hat sich der kommunistischen Partei einzuordnen, für ihn hört jedes Selbstbestimmungsrecht auf, er darf fortan nur das ausführen, was von den kommunistischen Instanzen angeordnet wird.

Der Ministerwechsel

Nach den Mitteilungen der bürgerlichen Presse gewinnt es den Anschein, als ob der Finanzminister Dr. Wirtl sein Rücktrittsgesuch nicht aufrecht erhalten wird. Es war ja überhaupt nicht der Einsicht zuzuschreiben, daß er weder den Willen noch die Kraft besitzt, um Ordnung in die Finanzen des Reiches zu bringen, sondern anscheinend nur der Wunsch, durch sein Rücktrittsgesuch hemmend auf die Regelung der Befolgsfragen der Beamten einzuwirken, wie das bereits bei früherer Gelegenheit von ihm geschehen ist. Es wird also bei dem alten Finanzminister bleiben, bis alles zusammenbricht.

Der Vizekanzler Heinze aber scheint aus der Bräutigamkeit des jetzigen Kabinetts bereits die Konsequenzen ziehen und sich in Sicherheit bringen zu wollen. Er wird sich demnächst zum Gesandten in Budapest ernennen lassen und so der Sorge um seine Zukunft ledig sein.

Wilhelm und Scheidemann

Zu den Feststellungen eines Genossen in unserer Freitagabend-Ausgabe, die im Anschluß an Erzbergers Erinnerungen auf die Rolle Scheidemanns bei der Besprechung der Parteilichkeit mit Wilhelm, am 20. Juli 1917, hinweisen, schreibt Scheidemann im „Vorwärts“, die gegen ihn erhobenen Anklagen seien unwahr. „Aussagen, wie sie der Abg. Erzberger zitiert, hat der Kaiser in meiner Gegenwart nicht getan. Nachdem er also mit jeder einzelnen Frazitionsovertretung — sozusagen offiziell — gesprochen hatte, fand in einem Saalzimmer eine zweite „zwanziglose“ Aussprache zwischen ihm und Herren der verschiedensten Parteizugehörigkeit statt, bei der aber auch, wie mir erzählt wurde, von je hundert gesprochenen Worten der Kaiser neunundneunzig bis hundert rebete. Zu den für diese Aussprache vom Staatssekretär Helfferich gebetenen Herren gehörte ich zu meiner Freude nicht. Ich hatte an der einen Aussprache schon vollkommen genug.“

Was der Kaiser in meiner Gegenwart gesagt hat, habe ich genau aufgezeichnet; es wird der Öffentlichkeit nicht vorenthalten bleiben.“

Wir nehmen von dieser Nichtfeststellung Scheidemanns Notiz, vermüssen aber in ihr das Wesentliche — nämlich die Erklärung dafür, daß Scheidemann in der erwähnten Münchner Parteioberversammlung, auf eine Anfrage der Genossen bekräftigt hat, daß auch nur ein Wort von der dem Kaiser zugeschiedenen Aussprache wahr sei. Die Feststellung unseres Mitarbeiters richtete sich vor allem gegen dieses Auftreten Scheidemanns, das durch seine Erklärung im „Vorwärts“ gar nicht berührt wird.

Fieberhafte Rüstungen in Ungarn

DA. Wien, 20. September.

Zuverlässige Nachrichten aus Budapest bestätigen die offiziell dementierten Meldungen, wonach fieberhaft an einer Vermehrung und Umgestaltung der ungarischen Armee gearbeitet wird. Ramentlich die Artillerie hat in letzter Zeit eine namhafte Vermehrung erfahren. Es werden neue Artillerieregimenter, ferner technische Abteilungen, Flammenwerferkompanien und Gasgruppen aufgestellt. Dies alles vollzieht sich unter den Augen der Entente Missionen, die nichts abgesehen tun. In Wien wird noch immer für wahrscheinlich gehalten, daß sich Ungarn bereit halten will, um im Falle eines Sieges der christlichsozialen dem neuen Regime einen entsprechenden Schutz gewähren zu können. Von mehreren Seiten wird auch behauptet, daß die Restaurationspläne in Bayern mit den ungarischen Vorbereitungen in Fühlung stehen. Für diese Annahme gibt es jedoch keinen Beweis, es sei denn, daß man von dem lebhaften Interesse der französischen Diplomatie für alle diese Vorgänge auf eine gemeinsame Vorbereitung schließen sollte.

Die ungarischen Königsmacher

Budapest, 20. September. (Ungar. Korresp.-Bureau.)

Graf Stefan Tisza erklärt vor Wählern in einer Programmede, die neue Orientierung der Außenpolitik müsse sich den eigenen Interessen des Landes anpassen. Hinsichtlich der Staatsform hätte mit der Republik kein Versuch gemacht werden dürfen, da diese der Weisheit der Anzart nicht entspreche und für die Zukunft der Nation eine Katastrophe bedeute. Solange die außenpolitische Orientierung und die innere Festigkeit nicht geklärt seien, dürfe die Königsfrage nicht in Angriff genommen werden. Man müsse allerdings bestimmen, daß der ungarische König ohne Befragen der Nation keinen fremden Thron annehmen dürfe. Der ungarische Thron dürfe nicht zum Sprungbrett fremder Bestrebungen werden.

Beginnende Reaktion in der Tschechoslowakei

Diktatur in der Slowakei

DA. Prag, 20. September.

Die Regierung der tschechoslowakischen Republik hat dem Minister Dr. Martin Bator auf Grund des § 14 vom 20. Dezember 1918, Nr. 508 und V. Glg. mit Beschluß vom 17. September 1920 die Vollmacht erteilt, Verordnungen zu erlassen und alles zur Erhaltung der Ordnung zur Konsolidierung der Verhältnisse und zur Sicherung des ordentlichen staatlichen Lebens in der Slowakei zu tun.

Die tschechische Regierung gegen die Arbeiter

DA. Prag, 20. September.

Die tschechische Regierung erklärt, daß sie die Unterbrechung des Handels nach Polen und den Boykott, den die tschechische Eisenbahnen gegen Polen erklärt haben, strengstens verurteilt, denn in erster Reihe würden durch diesen Boykott die Interessen der tschechischen Bevölkerung gefährdet.

Aus der polnischen Hölle

Kowno, 19. September. (Litauische Telegr. Agentur.)

Jüdische Bürger Polens flehen scharenweise über die litauische Grenze, um vor den polnischen Judenverfolgungen und einer rassistischen Mobilisation Schutz zu suchen. Die litauische Regierung wird dadurch in eine schwierige Lage gegenüber Polen veretzt.

Der polnische Heeresbericht

Warschau, 20. September.

Der polnische Generalsstabbericht vom 19. September meldet, daß die Polen bei der Verfolgung des Feindes nach schweren Kämpfen die Orte Husiatyn, Trembowla, Olejow, Tarnopol und Brody genommen haben. Polnischen Abteilungen gelang es, auch Dubno zu besetzen. In der Richtung auf Kowno wurde eine bolschewistische Abteilung aus Alchan verdrängt. Sehr bedeutende feindliche Kräfte, sagt der Bericht weiter, werden am Njemen und an der Sjczoka zusammengezogen. Wehlich von Sejny verstärken die Litauer ihre Stellungen. Heute früh beschossen sie polnische Patrouillen bei Karalin in der Nähe des Weihen Sees.

Der russische Heeresbericht

Moskau, 20. September. (Durch Funksprach.)

Der russische Heeresbericht vom 19. September besagt: Im Abschnitt Kobrin werden hartnäckige Kämpfe mit wechselnden Erfolgen fortgeführt, wobei wir Maschinengewehre erbeuteten. Im Abschnitt Kowno finden blutige Kämpfe mit dem vordringenden Feind statt. Im Abschnitt Dubno kämpfen unsere Truppen tapfer mit dem Feinde, der im Nordwesten von Dubno vorrückt. (Der nächste Satz, der sich auf Tarnopol bezieht, ist verdrängt.) Im Primgbiet im Abschnitt Orchow, dauern die Gefechte mit der feindlichen Artillerie an.

Der Halleische Parteitag — das Ende der USP?

Von Robert Henjel.

Nach dem Verlauf der Diskussion über den Anschluß an die dritte Internationale und den Beschlüssen der bisher stattgefundenen Parteiversammlungen ist es für jeden Einsichtigen klar, daß der Parteitag in Halle nicht nur ein Wendepunkt, sondern das Ende der U. S. P. D. sein kann. Der Anschließertreue, der jetzt in der Hauptsache um die Bedingungen geführt wird, muß insolge dieser zu einem Ausschluß resp. Austritt aus dem Parteitag unterliegenden Teiles führen.

Der Beschluß des Parteivorstandes, daß die Delegierten nach dem Verhältniswahlgesetz gewählt werden sollen, ist nur in den größeren Mitgliedschaften durchführbar. In den meisten Fällen ist nur ein Delegierter zu wählen. Danach ist also auch unmöglich, daß der Parteitag ein absolut sicheres Spiegelbild der Ansicht der gesamten Partei ist. Die Wahl der Delegierten ist in kleinen Mitgliedschaften weniger von der vertretenen Ansicht des Kandidaten abhängig, als von dem Vertrauen, das dieser auf Grund seiner für die Partei bisher geleisteten Arbeit besitzt. Da Grund seiner für die Partei bisher geleisteten Arbeit besitzt. Da Grund seiner für die Partei bisher geleisteten Arbeit besitzt.

Völlig ausgeschlossen ist die noch immer von einem Teil der Genossen gegebene Annahme, daß bis zum Parteitag eine Klärung der Anschlußbedingungen zu erwarten sei. Die Bedingungen sind m. E. abschließend in der Voraussicht so formuliert, daß die Entscheidung darüber die U. S. P. D. zuzurechnen muß. Die in Moskau verammelten Genossen wurden durch die Delegierten der verschiedenen Länder, die unseren russischen Genossen an revolutionärer Energie nicht nachstehen wollten, und daher überaus günstige Berichte aus ihren Ländern gaben, in den Glauben versetzt, daß die Stunde des Sieges der Weltrevolution gekommen sei. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es denn auch sehr erklärlich, daß sie die Haltung der U. S. P. D. in Deutschland als ungenügend in revolutionärem Sinn anfaßen und danach zu dem Schluß kamen, daß die U. S. P. D. zerbrechen werde müsse.

Weit enger ist davon, die Haltung der U. S. P. D. in allen Fällen zuzubehalten, muß doch festgesetzt werden, daß bisher die U. S. P. D. die Führerin der revolutionären sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland war. Ich betone ausdrücklich „war“, weil ich glaube, daß insolge des Parteitages in Halle sich ein nicht geringer Teil des revolutionären Proletariats abgespalten hat und dann die Führung im verbleibenden Rest der Partei die extreme Rechte in der Partei erhält. Das dürfte dann zur Folge haben, daß ein anderer Teil der Mitglieder unserer Partei, die jetzt die Bedingungen ablehnen, weil sie nicht erfüllt werden können ohne Aufgabe der Meinungsfreiheit, die im Rahmen des Parteiprogramms notwendig ist, ein Betätigungsfeld in der Partei nicht finden können. Diese Genossen, die zu den Besten zählen und die für eine tatkräftige revolutionäre Betätigung sind, werden nicht in der Partei bleiben, wenn sie ihrerseits nicht alles daran setzen, die Führung im verbleibenden Rest der Partei zu erhalten. Das kann aber nur erreicht werden, wenn auf die Tagesordnung des Parteitages vor den Neuwahlen Beratung des Parteiprogramms gesetzt wird.

Durch das Bekenntnis zum Leipziger Aktionsprogramm haben wir nichts erreicht, solange danach noch jeder den Vorbehalt machen kann „wie ich es auffasse“. Nur wenn es gelingt, dem verbleibenden Rest der Partei neben dem Programm eine zielflare Führung zu geben, wird die U. S. P. D. erhalten bleiben. Dann aber auch braucht uns um die Zukunft der Partei nicht bange zu sein, dann wird sie tatsächlich die Führerin der revolutionären Proletarier in Deutschland, die als internationaler Bundesgenosse von allen Bruderparteien des Auslandes gesucht wird, dann ist sie auch berufen, die Führung des Weltproletariats im revolutionären Siegestampf zu übernehmen.

Die Reichenberger Linke

Aus Prag wird uns geschrieben:

Die weil in der tschechischen sozialdemokratischen Partei harte Kämpfe zwischen links und rechts ausgefochten werden, wird auch die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik von diesen tatsächlichen Differenzen nicht verschont. Sie hat zwar einen Vorteil für sich: daß bei ihr die Frage der Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung nicht aktuell war, weil insolge der nationalen Spannung zwischen Deutschen und Tschechen vorläufig an einen Eintritt der Deutschen in die Regierung überhaupt nicht zu denken war. Es sind die großen politischen Probleme, der Ausbau des Programmes, die Festlegung der sozialistischen Taktik, die Frage der Internationale, die hier trennend wirken.

Das Zentrum der deutschen Linke ist die nordböhmische Handels- und Industriestadt Reichenberg. Um auf dem Parteitag, der am 3. Oktober stattfinden soll, geschlossen aufzutreten zu können, berief die Kreisleitung eine Vorkonferenz ein, die über die Frage des Aktionsprogramms und der Internationale beschließen sollte. Es war eigentlich ein Vorparteitag der Linke, der da stattfand, anwesend waren aber 300 Delegierte und 200 Gäste, unter ihnen Vertreter der tschechischen Linke, die sich in letzter Zeit immer mehr an die deutsche Linke angeschlossen haben. Namens der tschechischen Linke begrüßte Genosse Stalaf die Konferenz, indem er ausführte, die deutsche und die tschechische Linke seien verpflichtet, gegen den Nationalismus ihrer Bourgeoisie zu kämpfen. Der bekannte Kommunist Růna aus Klodno erklärte, die Bedingungen von Moskau seien selbstverständlich für das sozialistische Proletariat annehmbar, nicht aber für sozialistische Stimulanten.

In seinem Bericht über das Kreissekretariat führte Genosse Reutath aus, nur ein Idiot oder ein Verbrecher könne die Einheit der Partei aufs Spiel setzen. Aber die Anhänger der Reichenberger Linke wollten nicht die Einheit um jeden Preis und nicht mit jeder Mann. Sie wollen die Einheit der Partei mit jenen, die auf dem Boden des revolutionären Sozialismus stehen. Für jene, die sich an die formale Demokratie klammern, kann im Rahmen einer revolutionären Partei kein Platz mehr sein.

Das bedeutet eigentlich im Grunde die Voraussetzung einer Spaltung. Sie kann vermieden werden, wenn die Rechte sich fügt, wird aber durchgeführt, wenn die Linke auf dem Parteitag die Minderheit bleibt. Dem entspricht auch der Beschluß, den die Konferenz mit Stimmenmehrheit faßte:

„Die Kreisleitung Reichenberg wird beauftragt, für den Fall der Ablehnung des Aktionsprogrammes nach den beiden Parteitagen laut Übereinkommen der tschechischen und deutschen Linke sollten den beiden, kurz hintereinander stattfindenden Parteitagen der deutschen und tschechischen Partei gleichlautende Aktionsprogramme vorgelegt werden. Durch die geplante Verschlebung des tschechischen Parteitages ist nun auch diese Frage in Mitleidenchaft gezogen. In Verbindung mit den Genossen der tschechischen Linke eine Delegation nach Rußland zu entsenden, um dem Bureau der 3. Internationale das Resultat des Parteitages mitzuteilen und im Einvernehmen mit dem Bureau der 3. Internationale die notwendigen Beschlüsse über die weitere Taktik zu fassen.“

Die Reichenberger Genossen erklären also bereits von vornherein, daß sie den Beschluß des Parteitages nur anerkennen, wenn er in ihrem Sinne ausfällt, während sie sich im entgegengekehrten Falle den Weisungen aus Moskau fügen. Dadurch ist selbstverständlich auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie die Frage der Spaltung akut geworden und es

kann sehr wohl sein, daß insolge der Entwicklung in der tschechischen Partei auch die deutsche einen ähnlichen Prozeß durchmachen wird. Denkbar wäre, daß nach einer etwa vollzogenen Spaltung sich die beiden Linken zu einer gemeinsamen internationalen Partei vereinigen, die wohl vorläufig auch die Kommunisten umfassen würde. Bei der Zusammenlegung der Linken ist jedoch damit zu rechnen, daß es kurz über lang auch hier zu einer neuen Spaltung kommt.

Verichtigung. In dem Leitartikel der gestrigen Abendausgabe wird irrtümlich bemerkt, daß die tschechische Linke beschlossen habe, den Gesamtparteitag am 28. und 29. Oktober abhalten zu lassen. In Wirklichkeit verlangt sie, daß der Parteitag, wie ursprünglich beschlossen, vom 25. bis 28. September stattfinden soll.

Arbeiter, Angestellte und Beamte von Berlin und der Provinz Brandenburg

Entsprechend dem Aufrufe der Reichskommission ist es nach wie vor Pflicht der Arbeiter, alle Neutralitätswidrigen Transporte von Waffen und Munition anzuhalten und die Kontrolle zu verstärken. Ebenso ist es notwendig, alle Sendungen von Waffen und Munition der Reaktion, — die sich in ihren heimlichen Organisationen (Einwohnerwehr und Orgeja) einen Rückhalt geschaffen hat, anzuhalten, damit diese nicht zu konterrevolutionären Zwecken verwendet werden.

Transportarbeiter! In Euch liegt es, dafür zu sorgen, daß die beanstandeten Transporte erst gar nicht zur Eisenbahn gelangen, um so die Eisenbahnen zu entlasten.

Die von den unterzeichneten Organisationen gebildete Kontrollkommission Berlin-Brandenburg steht nach wie vor solidarisch hinter Euch

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Verlaßt Euch nicht auf die Regierung; haltet die Augen auf und bekämpft weiter und noch energischer die Bewaffnung der Reaktion.

Alle Meldungen sind nach wie vor an die Zentralkommission der Kontrollkommission, zu Händen Hermann Müller, Schilderstraße 5/6, zu richten, Telephon Alex. 3007, Königl. 3753.

Für die U. S. P. D., Bezirksverband Berlin-Brandenburg: Brühl.

Für die S. P. D., Bezirksverband Groß-Berlin: Häusler.

Für die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend: Sabbath.

Für die Betriebsräte der S. P. D.: Reinkecht.

Für den Eisenbahnerverband, Ortsgruppe Berlin: Ullrich.

Für den Transportarbeiterverband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin: Klose.

Für den Bezirks-Betriebsrat der Eisenbahner: Marci.

Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteter, Bezirksverband Groß-Berlin: Hegen.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck dieses Aufrufes ersucht.

Die Stellung der Organisationen

Bezirkskonferenz östliches Westfalen

In der Bezirkskonferenz der USP. D. für das östliche Westfalen und die beiden lipptischen Freistaaten, die in Dorford tagte und von 42 Delegierten besucht war, wurde mit 27 gegen 8 Stimmen der Anschluß an die dritte Internationale in Moskau beschlossen. Als Delegierter zum Parteitag in Halle wurde der Genosse Schmidt-Dorford gewählt.

Königswusterhausen — Wildau

Die gesamten Funktionäre des Kreisbezirks Königswusterhausen-Wildau (19 Ortsgruppen von Teilm.-Beesow) nahmen Stellung zu den Aufnahmebedingungen. Nach längerer Debatte wurde gegen 7 Stimmen beschlossen, diese Aufnahmebedingungen abzulehnen. Jedoch darf nichts unterschätzt werden, unter Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit der Partei, mit der dritten Internationale und den noch fernstehenden sozialrevolutionären Bruderparteien zusammenzukommen. In der durch die Aufnahmebedingungen bewirkten Spaltung und Zerstückelung der U. S. P. D. sehen die Genossen die größte Gefahr für die deutsche revolutionäre Arbeiterbewegung und warnen davor.

Johannisthal

In einer gutbesuchten Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Bin.-Johannisthal wurde nach einem Referat des Gen. Lehner und nach lebhafter Aussprache folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen:

Die U. S. P. D. Johannisthal steht auf dem Boden der revolutionären Internationale. Sie fordert unbedingt weitere Schritte zu unternehmen, um einen internationalen Zusammenschluß ohne Aufgabe unserer Selbstständigkeit zu ermöglichen. Die 21 Roskauer Bedingungen lehnt die Ortsgruppe Johannisthal als undurchführbar ab.

Der Abtransport der russischen Kriegsgefangenen

Eigene Drahtmeldung unseres Berichterstatters.

Rowno, 19. September.

Die Verhandlungen über den Abtransport der Kriegsgefangenen durch Litauen, zu denen Herr Hilger neben den Herren Stücken, Schlesinger, Frühjoh. Naujan, Oberst Bojstter und van Ballewisch sowie den russischen Vertretern Oibud aus Moskau und Růna in Rowno weilten, haben zu einem günstigen Resultat geführt. Die litauische Regierung hat das wünschenswerte Entgegenkommen bewiesen, jedoch die nicht geringen technischen Schwierigkeiten überwunden werden konnten.

Die Bahnstrecke von Wilna über Rowno bis Wilsa ist bereits von den Litauern in eine normalspurige Bahn umgewandelt worden. An der Umgestaltung der Strecke von Wilsa bis Molodetschno wird jetzt gearbeitet. Die Stadt Molodetschno liegt nach dem russisch-litauischen Friedensvertrage auf litauischem Gebiet, während der Bahnhof in russischer Hand bleibt, weil sonst die Verbindung nach Wilsa für Rußland gesperrt ist. Während bei Umbau der Bahnstrecke Wilsa-Molodetschno ist eine geeignete Durchführung von Kriegsgefangenen-Transporten noch sehr erschwert. Später aber werden die Kriegsgefangenen im deutschen Waggon bis Molodetschno geföhrt und dann auf die russische Dreitspurstrecke umgeladen werden.

Auch auf den russischen Bahnen ist der Transport nicht ganz ohne Schwierigkeiten durchzuführen, da die Strecken insolge der Kriegstransporte stark in Anspruch genommen sind. Sobald aber eine Einstellung der militärischen Operationen erfolgt, eröffnet sich hier ein äußerst auskömmlicher und leistungsfähiger Transportweg. Auch die Frage des Durchtransports der Kriegsgefangenen durch Lettland wurde geregelt, und auch hier hat sich ein neuer Weg gefunden, so daß mit den Wegen über Finnland und Lettland jetzt vier Wege für den Abtransport existieren, zwei Seewege und zwei Landwege. Die Gewinnung von Landwegen ist um so wichtiger, als die Herbststürme den Abtransport zur See insolge mangelhafter Hafenanlagen sehr stark beeinträchtigen.

(Copyright for America by Chicago Tribune.)

Die Auswanderung nach Rußland

Eine russische antli.-e Kundgebung

Die russische technische Staatskommission für die Auswanderung deutscher Arbeiter nach Sowjet-Rußland ist in Berlin eingetroffen. Sie besteht aus dem Professor der Moskauer Bergakademie Nikolai Fedorowski, Ingenieur Alexander Zasslow und Agronom Alexander Moroschanow.

Von seiten der Kommission erfahren wir folgendes:

Sowjet-Rußland bedarf im Augenblick in erster Linie hochqualifizierter, technisch beschäftigter Kräfte auf den Gebieten des Transportes, der Schwerindustrie, des Ackerbaues und einigen anderen Spezialgebieten. Der Wunsch der deutschen Arbeiter, den russischen Bauern zu helfen, findet ein begeistertes Echo bei dem russischen Proletariat. Aber die Hilfe muß gut organisiert und geregelt sein.

Zur Heranziehung der geeigneten Kräfte hat die Sowjet-Regierung nach den Erfahrungen des ersten mislungenen Transportes deutscher Arbeiter eine neue Kommission gebildet, die mit der Prüfung der Auswandererfrage an Ort und Stelle betraut wurde. Die Staatskommission erklärt, daß eine Massenüberföderung zur Zeit nicht in Frage kommt. In dem jetzigen Stadium kommen für die Verwendung in Rußland nur hochqualifizierte Arbeiter, technische Kräfte und Organisationsleiter für eine Reihe ausschlaggebender Betriebe in Betracht. Die Anzahl solcher Kräfte kann zunächst naturgemäß nur eine beschränkte sein.

Die Russische Technische Staatskommission hat gestern ihre Tätigkeit in Berlin R 6, Luisenstraße 27, aufgenommen.

Generalversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes

Dresden, 18. September.

Durch einen Schlußantrag wird die Diskussion über den Geschäftsbericht beendet. Die Vorstandsmitglieder Dräger und Kösner verzichten auf das Schlußwort. Vorsitzender Schöffel beschäftigt sich in seinem Schlußwort hauptsächlich mit den Vorgängen in der Berliner Ortsverwaltung und wirft ihr vor, dauernd gegen die gewerkschaftlichen Grundzüge verstoßen zu haben. Im übrigen sei es ihm in seinem Schlußwort leicht gemacht worden, denn es war bei den Korreferenten nicht immer zu unterscheiden, ob es sich um ein Referat oder ein Korreferat handelte. Eine Ausnahme habe Kammerer nur gemacht, der seine Ausführungen hätte ersparen können. Zur Rätefrage betont der Redner: „Wir haben alles getan, um das wirtschaftliche Räteystem auf die Höhe zu bringen. Es ist nicht unsere Schuld, wenn der Zentralrat so jämmerlich verlagert hat. Trotzdem haben wir immer wieder versucht, durch Anerkennung eines zweiten Zentralrates und durch Ausbau der Betriebsräteabteilung unsere Mitglieder zu befriedigen.“

Unter dem Thema: „Der organisatorische Aufbau des Verbandes“, referierte Brunner. Er gibt zunächst einen geschäftlichen Abriss über die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen. Wenn wir die Einheitsorganisation für Arbeiter und Beamte, die uns die Entwicklung gebracht hat, erhalten wollen, dann müssen wir besondere Sektionen schaffen und zwar: a) Betriebsarbeiter, b) Werkstättenarbeiter, c) Fahrbeamte, d) technische Beamte, e) Stationäre Beamte. — Die Statutenberatungskommission habe dem noch eine Jugendsektion hinzugefügt.

Zu diesem Punkt nimmt der als Gast anwesende Vorsitzende des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Schumann, das Wort und empfiehlt unter dem Beifall der Versammlung die Zusammenfassung der gesamten Arbeiter, Angestellten und Beamten der Verkehrsgewerbe zu einer großen Arbeitsgemeinschaft. Unter den nachfolgenden Diskussionsrednern spricht sich Böhl-Landsbut, für den Anschluß des gesamten Postpersonals an den Deutschen Eisenbahner-Verband aus. Die Zeit wird kommen, wo das Postpersonal bei allen einleitenden Bewegungen gebührend wird. Darum empfiehlt es sich, gemeinsam mit ihm eine einheitliche Betriebsorganisation zu schaffen.

Ein Antrag Ullrich-Berlin, zunächst den Bericht der Sachverdelkommission entgegenzunehmen, weil der Vorstandsvertreter die Verhandlungen abgebrochen habe, wird abgelehnt.

Für die Einheitsorganisation der Verkehrsarbeiter

Einmütig gelangt folgende Entschöließung zur Annahme: „Die außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes wolle beschließen:

1. Das in den Verkehrsbetrieben des Reiches, der Länder, Provinzen, Gemeindeverbänden und der Gemeinden beschäftigte Personal, sowie das Personal der privaten Verkehrsbetriebe ist zu einer Industrieorganisation zusammenzuschließen.
2. Für die Uebergangszeit ist eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Der Hauptvorstand wird beauftragt, sofort mit dem Transportarbeiter-Verband zwecks Gründung einer Arbeitsgemeinschaft in Verhandlungen zu treten.
3. Zu dem gleichen Zweck an alle übrigen Berufsorganisationen der Verkehrsarbeiter, Angestellten und Beamten heranzutreten.
4. Die Unterhandlungen sind derart zu beschleunigen, daß die Arbeitsgemeinschaft in aller Kürze verwirklicht wird. Insbesondere ist von den an der Arbeitsgemeinschaft beteiligten Verbänden eine einheitliche Zusammenfassung des Post- und Telegraphenpersonals, sowie des Personals der Klein- und Privatbahnen herbeizuföhren. Diese Arbeitsgemeinschaft soll den Namen „Deutscher Verkehrsbund“ führen.
5. Die an der Arbeitsgemeinschaft beteiligten Organisationen sind alsbald in selbständige Sektionen der Industrieorganisation des Verkehrswesens umzuwandeln.
6. Diese Entschöließung ist als Einleitung auf der ersten Seite der Satzungen auszuführen.

Mit der Annahme dieser Entschöließung ist die Organisation des Verkehrspersonals in ein neues Stadium getreten. Der „Deutsche Verkehrsbund“, der sich aus dem Deutschen Eisenbahner-Verband und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband zusammenschließt, umfaßt bereits jetzt 1 1/2 Millionen Mitglieder aus Verkehr und Post. Diese Zahl dürfte sich aber in den nächsten Wochen noch bedeutend erhöhen. Damit hat sich das Verkehrspersonal einen Wachsfaktor geschaffen, der bei den künftigen Kämpfen um bessere Einkommens- und Dienstverhältnisse eine ausschlaggebende Bedeutung erlangen dürfte.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwiele u. Warzen
besorgt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukiroi 100000fach bewährt
Preis M. 3,- in Apotheken u. Drogerien erhältlich
Vorsicht vor Nachahmungen. Kukiroi steht einzig da.



Konferenz der Erwerbslosenräte Preußens

Am Sonntag begann im Vereinhaus Süd-Ost die Konferenz der Erwerbslosenräte, die aus allen Teilen des Landes...

Nach Wahl der Mandatsprüfungskommission hielt Schwab einen Vortrag über die politische Situation und die Erwerbslosen...

Herr Hesselbarth, als Vertreter der U. S. P. D., stimmte dem Referenten grundsätzlich zu, und zeigte, wie der in der U. S. P. D. geschaffene Aktionsrat bereits die Tätigkeit ausübt...

Herr Fuchs für die K. P. D. erklärt, die Situation sei von äußerster politischer Ge Spannung. Die Propaganda für politische Arbeiter soll dazu beitragen, das Proletariat auf diese gespannte Situation aufmerksam zu machen...

Nach der Mittagspause erhaltet die Mandatsprüfungskommission ihren Bericht. Einige Beanstandungen werden aufgeführt. Sodann wird die Diskussion fortgesetzt...

Resolutions 1. „Der Zusammenbruch der imperialistischen Kapitalistischen Wirtschaft beginnt sich jetzt voll auszuwirken. Das Unternehmertum lacht durch steigenden Druck auf die Arbeiterschaft...“

In dieser Lage kann dem steigenden Elend der Erwerbslosen durch geringfügige einzelner Erleichterungen nur jeweils auf kurze Zeit begegnet werden. Die Aufgabe der ständigen Arbeiterschaft ist eine Frage des gesamten Proletariats...

Resolutions 2 (Hesselbarth). „Die Konferenz hat erkannt, daß der Anknüpf an die dritte Internationale im Interesse des gesamten Proletariats von allen revolutionären Parteien unbedingt notwendig werden muß...“

mit das gesamte Proletariat von dem Elend einer korrupten kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu befreien.“

Der 2. Tag begann mit dem Bericht über die Verhandlungen mit der Reichsregierung, der von Gen. Geißler und Wurm erstattet wurde.

Die Arbeitslosenräte der Berliner Vororte gaben hierauf die Erklärung ab, daß sie jede Zusammenarbeit mit dem am Sonntagabend in Berlin gewählten Aktionsrat ablehnen.

Die Delegierten der einzelnen Städte berichteten sodann über die Ortsverhältnisse und über ihre vielschichtige Arbeit...

In der Nachmittagssitzung wurde der Geschäfts- und der Kassengericht entgegengenommen. Die Neuwahlen haben ergeben: In den geschäftsführenden Ausschuss: Michaelis, Steinhilber und Topf...

Durch Angriffe eines Vertreters der Arbeiterunion hervorgerufen, entspannt sich wieder eine größere Debatte über die Stellung zu den Gewerkschaften und Betriebsrätezentralen...

Resolutions 2. „Wir fordern, daß sich die Erwerbslosenräte mit den Gewerkschaften und Betriebsrätezentralen in Verbindung setzen sollen zur Durchführung der Kontrolle der Produktion...“

Weitere Beschlüsse fordern, daß sich die Erwerbslosenräte mit den Gewerkschaften und Betriebsrätezentralen in Verbindung setzen sollen zur Durchführung der Kontrolle der Produktion...

Mit einem Hoch auf die Weltrevolution wurde die Konferenz geschlossen.

Betriebsräte

Achtung Betriebsräte der Metallindustrie!

Vom 21. September bis 27. September 1920 finden die Untergruppenversammlungen der Metallindustrie in der Schulaula Koppensplatz statt.

Die Betriebsräte der U.S.P. treffen sich an allen Tagen 1 Stunde vorher im genannten Lokal. Pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Eisenbahner und Beamtenvertretung

Der Beamtenkommission des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Bezirk Berlin, sind seit Besetzen der Ortsbeamtenräte ganz erhebliche Beschwerden zugegangen, die trotz der Beamtenräte nicht beseitigt werden können...

Große Unruhe unter der Beamtenschaft wird durch die demnächst zu erwartende Verordnung über „Beamtenauschüsse“ hervorgerufen, welche weitere Verschlechterungen in die Rechte der Beamtenschaft bringt.

Wahlen zum Betriebsrätekongress. Am 13. September 1920 fanden die Wahlen der Berliner Delegierten des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zum Betriebsrätekongress statt.

Gewerkschaftliches

Erklärung

Jede Körperschaft, die eine wirksame Tätigkeit entfalten soll, muß nach außen einig und geschlossen für die von ihr gefassten Beschlüsse eintreten.

Wenn es somit eine selbstverständliche Pflicht der Mitglieder einer Körperschaft ist, sich einem Mehrheitsbeschlusse zu fügen, so muß andererseits erwartet werden, daß ihnen daraus keine Schwierigkeiten seitens ihrer Mandatgeber bereitet werden.

Der Gewerkschaftsausschuss hatte, als er den Organisationen den Vorschlag unterbreitete, die Betriebsräte im Rahmen der Gewerkschaften zu organisieren, nach reiflicher Überlegung und in der besten Absicht gehandelt...

Die Berliner Arbeiterkraft hat in ihren Gruppenversammlungen anders entschieden. Der Gewerkschaftsausschuss hat sich diesen Beschlüssen gefügt, und er mußte sich fügen, weil er sich eben nur als ausführendes Organ der angeschlossenen Organisationen fühlte.

Wenn in allen Gewerkschaften nach dem gleichen Grundsatz gehandelt werden sollte, so müßte es dahin führen, daß aufrechte Männer mit einer gefestigten Überzeugung überhaupt nicht mehr einen Posten in der Organisation annehmen und dadurch jede Initiative und Entschlußkraft gelähmt würde.

Bei dieser Gelegenheit halten wir es für unsere Pflicht, zu dem Artikel des Holzarbeiterverbandes „Feststellung von Tatsachen“, in Nr. 376 der „Freiheit“ das Folgende zu erklären:

Es ist nicht richtig, wie es in diesem Artikel heißt, daß in der Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission, in der der Vorschlag für den Vorkommen der Kommission gemacht wurde, für den auch Genosse Siegle vorgeschlagen war, von einem Vertreter des Holzarbeiterverbandes der Ausruf getan wurde: „Den Siegle könnt ihr haben.“

Die Utopie in der Wirklichkeit

Eine Friedensnovelle

von August Strindberg.

I.

Es war vierzehn Tage nach Sedan, also Mitte September 1870. Der Beamte im preussischen geologischen Bureau, zur Zeit Leutnant der Reserve, Herr von Bleichroden, sah im Café du Cercle, dem vornehmsten Wirtshaus des kleinen Dorfes Marlotte, in Hemsbärmeln vor dem Schreibeisch...

Er war tatsächlich mehr Geologe als Militär, doch augenblicklich war er Briefschreiber. Er hatte die Brille auf die Stirn geschoben, sah, Feder in Ruhe, da und sah zum Fenster hinaus. Der Garten lag in all seiner Herbstpracht da; Apfel- und Birnbäume senkten unter der Last der schönsten Früchte ihre Zweige bis auf den Boden...

glühenden, ungeernteten Halme der Getreidefelder mit den übermollen Wehren, die betrübt auf den Boden niederhingen, mit weit geöffneten Hülsen und Deckblättern, und bei jedem Windstoß der Erde ihr Darlehen wiedergaben, von den Säften gesprengt wie die Brust der Mutter, die ihr Kind nicht säugen darf...

„Das das herrliche Gemälde, das die Fensterzarge wie ein Rahmen einsah, wurde dann und wann mit der Regelmäßigkeit eines Pendels, von dem Gewehr der Schildwache beschattet, deren blankes, blühendes Bajonett das Gemälde in der Mitte durchschnitt und gerade unter einem Birnbaum leuchtete...“

Der Leutnant wandte sich von dem Anblick ab und ließ die Blicke auf den Schreibeisch niederfallen. Da lag der unvollendete Brief an seine junge Frau, die vor vier Monaten sein geworden war, zwei Monate, ehe der Krieg ausbrach.

Schopenhauers „Parerga und Paralipomena“. Möstlich stand er vom Tische auf und ging einige Male durchs Zimmer. Es war der Vorfrühling und Speisesaal der nun gesäuberten Künstlerkolonie. Die Tafelung der Wände war in den Kassetten mit Ölgemälden geschmückt, dem Erinnerungen an sonnige Stunden in dem schönen, gastreichen Lande, das so generös dem Fremden seine Kunstschulen und seine Ausstellungen aufbot.

„So zum Beispiel, wie ich mit meinen hundert Mann, nach einem Marsche von vierzehn Stunden ohne Essen oder Wasser, an einen Wald kam, wo wir auf einen zurückgelassenen Proviantwagen stießen. Weist du, was da geschah? So ausgehungert, daß ihnen die Augen im Kopfe standen wie Bergkrystalle in Granit...“

(Fortsetzung folgt.)

